

.....

Gerd Schweitzer

Staatsanwaltschaft Neuruppin
Postfach 111133

16812 Neuruppin
per (Computer-)Fax: 03391515499

E-Mail: gscnet@yahoo.de
www.wir-gegen-hartz-iv-sgb-ii.de
ungeschönte Wahrheiten über
deutsche Innkompetenz und Ignoranz

, den 17.11.2013

Az.: 3107 Js 9779/13 V vom 11.11.2013 Eing.: 16.11.2013

1. zum einen teile ich Ihnen mit das Ihr Schriftsatz weder als zugegangen noch als rechtsgültig erkannt wird!
2. Weiter ist das Verfahren, auf welches Sie sich beziehen, bis DATO in keiner Weise abgeschlossen, beendet, erledigt und/oder in irgendeiner Weise gar rechtskräftig!

Im Folgenden wird weiter ausgeführt:

Ausführung zu 1.:

Kroggel
Rechtspflegerin

Dieses Dokument wurde maschinell erstellt und ist auch ohne Unterschrift gültig! ←

Diese Annahme, Ihrerseits, ist falsch.

Denn, nach BGB § 126 ist zwingend die persönliche Unterschrift vorgeschrieben, als Beweis dafür, dass sich der Aussteller des Schriftstückes für den Inhalt verantwortlich gegenüber dem Betreffenden ausweist.

Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) schreibt im **§ 126 Schriftform** vor:

§ 126 Schriftform

- (1) Ist durch Gesetz schriftliche Form vorgeschrieben, so muss die Urkunde von dem Aussteller eigenhändig durch Namensunterschrift oder mittels notariell beglaubigten Handzeichens unterzeichnet werden.

§ 126a Elektronische Form

.....

- (1) Soll die gesetzlich vorgeschriebene schriftliche Form durch die elektronische Form ersetzt werden, so muss der Aussteller der Erklärung dieser seinen Namen hinzufügen und das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen.

Die rechtlich **zwingenden** Grundlagen für die **eigenhändige Unterschrift** finden sich in den §§ 126 BGB, 315 ZPO, 275 StPO, 117 I VwGO und 37 III VwVfG.

Zur Schriftform gehört **grundsätzlich** die **eigenhändige Unterschrift** (vgl. z.B. Urteil vom 6. Dezember 1988 BVerwG 9 C 40.87; BVerwGE 81, 32 Beschluss vom 27. Januar 2003; BVerwG 1 B 92.02 NJW 2003, 1544).
Zwar hat der Gemeinsame Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes entschieden, dass bei **Übermittlung** bestimmender Schriftsätze **auf elektronischem Wege** dem gesetzlichen Schriftformerfordernis unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne eigenhändige Unterschrift genüge getan ist (Beschluss vom 5. April 2000 GmS-OBG 1/98 Buchholz 310 § 81 VwGO Nr. 15); dies gilt aber **nur** in den Fällen, in denen aus technischen Gründen die Beifügung einer **eigenhändigen Unterschrift unmöglich** ist und **nicht** für die durch **normale Briefpost** übermittelten Schriftsätze, deren Unterzeichnung **möglich** und **zumutbar** ist (vgl. BFH, Urteil vom 10. Juli 2002 VII B 6/02 BFH/NV 2002, 1597; Beschluss vom 27. Januar 2003 BVerwG 1 B 92.02)

„Eine **eigenhändige Unterschrift** liegt vor, wenn das Schriftstück mit dem **vollen Namen** unterzeichnet worden ist. Die **Abkürzung** des Namens – so genannte **Paraphe** – anstelle der Unterschrift **genügt nicht**.“

Somit ist Ihr Schriftsatz (Kostenrechnung) und (Zahlungsaufforderung) schon aus diesem Grunde hinfällig, nämlich:

VwVfG § 44 Nichtigkeit des Verwaltungsaktes

- (2)ist ein Verwaltungsakt nichtig,
2. der nach einer Rechtsvorschrift nur durch die Aushändigung einer Urkunde erlassen werden kann, aber dieser Form nicht genügt.“

Gleiches gilt für den weiteren Schriftsatz, Az. wie oben, vom 14.11.2013 des (angeblichen) Jung Justizamtsinspektor sowie die Rechnung Nr.: 857401406237.

Ausführung zu 2.:

Sie haben offensichtlich als Nachweis für die Rechtmäßigkeit Ihrer Forderungen, die "Ausfertigung" als weiteren Anhang.

Auch hier ist die Rechtswirksamkeit mehr als nur Fraglich und/oder gar ausgeschlossen.

Ausfertigung

Amt Perleberg

Schäfts-Nr.:
Cs 3107 Js 9779/13 (2781/B)
(Bitte bei allen Schreiben an das Amtsgericht
- insbesondere bei Einlegung eines Rechtsmittels - angeben!)

Ort und Tag
Perleberg, 31. Mai 2013

Anschrift und Fernruf
19348 Perleberg
Lindenstraße 12

Es handelt sich also schon mal nicht um ein URTEIL.

Der § 317 der Zivilprozessordnung (ZPO) lautet:

§ 317 Urteilszustellung und -ausfertigung

(1) Die **Urteile** werden den Parteien, verkündete Versäumnisurteile nur der unterliegenden Partei zugestellt. Eine Zustellung nach § 310 Abs. 3 genügt. Auf übereinstimmenden Antrag der Parteien kann der Vorsitzende die Zustellung **verkündeter Urteile** bis zum Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung hinausschieben.

(2) Solange das Urteil **nicht verkündet** und **nicht unterschrieben** ist, dürfen von ihm Ausfertigungen, Auszüge und Abschriften **nicht erteilt werden**. Die von einer Partei **beantragte Ausfertigung** eines Urteils erfolgt ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe; dies gilt nicht, wenn die Partei eine vollständige Ausfertigung beantragt.

Ein derartiger Antrag liegt weder vor noch wurde und/oder wird dieser gestellt.
Es handelt sich also sogar um eine Kopie die nach § 317 Abs. 2 ZPO gar nicht existieren dürfte, ein rechtsgültiges Urteil habe ich bis DATO nie gesehen.

Dem Wortlaut nach „**werden den Parteien**“ die, **vom Richter unterschriebenen „Urteile**“, zugestellt und keine „**Ausfertigungen**“! Den Parteien stehen die **Originale** zu und keine **wertlosen/rechtsunwirksame Kopien**!

Die vorgeschriebene Unterschrift eines Richters fehlt:

| | |
|---|--|
| nächsten Werktages. | |
| Die schriftliche Rechtsmittelinlegung muss in deutscher Sprache erfolgen. | |
| Weidemann Richter am Amtsgericht |  als Urkundsbeamtin/Urkundsbeamter der Geschäftsstelle |
| Zahlen Sie bitte nur nach schriftlicher Aufforderung. | |
| Die Staatsanwaltschaft wird Ihnen nach Rechtskraft eine Zahlungsaufforderung übersenden, in der auch die Verfahrenskosten berechnet sein werden. | |
| Hinweis zu den Verfahrenskosten (Stand 01.07.2004): Für das Strafbefehlsverfahren werden Kosten nach dem Gerichtskostengesetz erhoben, und zwar | |
| 1. eine Gebühr a) für die Festsetzung von Freiheitsstrafe / Geldstrafe bis zu 6 Monaten / bis zu 180 Tagessätzen | in Höhe von 60,00 EUR, |

Im § 315 (1) ZPO steht:

§ 315 Unterschrift der Richter

(1) Das **Urteil** ist von den Richtern, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, **zu unterschreiben**. Ist ein Richter verhindert, seine Unterschrift beizufügen, so wird dies unter Angabe des Verhinderungsgrundes von dem Vorsitzenden und bei dessen Verhinderung von dem ältesten beisitzenden Richter unter dem Urteil vermerkt.

Ein URTEIL, ist mir bis DATO wie gesagt NIE zugegangen, geschweige denn kann ein solches jemals Rechtskraft entfalten.
Somit ist für mich lediglich ein **Scheinurteil** vorhanden.

Bei Rosenberg/Schwab kann man zum Scheinurteil nachlesen: „Die Nichtentscheidung ist ein nullum und kann gar keine Wirkungen haben. Sie bindet das Gericht nicht, beendet die Instanz nicht ... **erzeugt keinerlei Kosten. Das Scheinurteil ist grundsätzlich nicht rechtsmittelfähig.**“ (ZPR 15. Auflage, § 62 III 2)

Stein/Jonas/Grunsky schreiben dazu: „Das Nichturteil **entfaltet keinerlei rechtliche Wirkungen. Zunächst beendet es die Instanz nicht.** Jede Partei kann also die Fortsetzung des Verfahrens beantragen...“ (ZPO 21. Auflage vor § 578 I Rn 6)

Des weitem werden weitere rechtliche Schritte, sowohl dieses Verfahren betreffend wie auch das weiter herangezogene Verfahren und wegen der Rechtmäßigkeit des benannten Richters und anderer Rechtsbrüche durch Richter, Staatsanwälte und Beamte/Amtsträger eines Staates den es so nicht gibt, eingeleitet werden.

Aus den benannten Gründen liegt mit diesem Schriftsatz auch ausdrücklich kein Einspruch/Widerspruch und/oder in irgendeiner Form RECHTSMITTEL vor, da gegen ungültige und nichtige Verwaltungsakte keine Rechtsmittel möglich und/oder nötig sind!

Gerd Schweitzer